

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Erster Teil: Einführung	1
§ 1: Ziel der Untersuchung	2
§ 2: Gegenstand der Untersuchung und Eingrenzung	4
A. Rechtliche Rahmenbedingungen für die Internetzugangsgewährung	4
B. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	5
C. Anwendbarkeit des deutschen Rechts	6
D. Zugangsgewährung in einem Arbeitsverhältnis	8
E. Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	9
§ 3: Gang der Untersuchung	10
Zweiter Teil: Technische, soziale und ökonomische Grundlagen	13
§ 1: Entwicklung und aktuelle Bedeutung des Internets	13
A. Entwicklung vom ARPANET zum Internet	14
I. Entwurf der RAND mit militärischem Hintergrund	15
II. Realisierung des ARPANET	15
III. Weiterentwicklung zum NSFNET	17
IV. Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Durchbruch	18
V. Ausreizung der technischen Grenzen	19
B. Heutige Bedeutung des Internets	20
I. Vernetzung aller Lebensbereiche	21
II. Veränderung des Nutzungsverhaltens	21
C. Gefahren des Internets	23
I. Abhängigkeit	23
II. Missbrauch	24
III. Immaterialgüterrechtsschutz	25
IV. Rechtsunsicherheit	26
	XI

§ 2: Technische Infrastruktur	27
A. Referenzmodelle der Netzarchitektur	27
I. ISO/OSI-Modell	27
II. Bitübertragungsschicht	28
1. Differenzierung nach Art der Verbindung	29
a) Drahtgebundene Verbindungen	29
b) Drahtlose Verbindungen	30
2. Differenzierung nach Größe der Netze	33
3. Sicherheitsmaßnahmen in der ersten Schicht	34
III. Sicherungsschicht	35
1. Identifizierung über MAC-Adressen	35
2. Sicherheitsmaßnahmen in der zweiten Schicht	36
IV. Vermittlungsschicht	37
1. Identifizierung über IP-Adressen	37
2. Sicherheitsmaßnahmen in der dritten Schicht	38
V. Transportschicht	39
1. Identifizierung über Portnummern	39
2. Sicherheitsmaßnahmen in der vierten Schicht	40
VI. Anwendungsschichten	40
B. Verwaltung der IP-Adressen	40
I. Weltweite Koordination durch die ICANN	41
II. Regionale Koordination durch die RIRs	41
III. Lokale Koordination durch die LIRs	42
IV. Private Koordination durch Anschlussinhaber	42
C. Vorgang der Datenübertragung	42
I. Server-Client-Modell	43
II. Peer-to-Peer-Modell	44
§ 3: Beteiligte Personen und deren Identifizierbarkeit	44
A. Relativität der Begriffsbestimmung und inhaltliche Diversität	45
B. Unmittelbar an der Öffnung des Internetzugangs Beteiligte	46
I. Access-Provider im engeren und im weiteren Sinne	46
1. Access-Provider i.e.S.	47
a) Peering-Verträge auf Backbone-Ebene	47
b) Dark fibre und einfache Access-Provider	48
2. Access-Provider i.w.S.	50
II. Anschlussinhaber und deren Motive für die Öffnung des Anschlusses	51
1. Privater und altruistischer Betrieb	51
2. Geschäftlicher und sonstiger kommerzieller Betrieb	52
3. Öffentlich-rechtlicher Bereich	53
III. Internetnutzer	53

C.	An der Datenübertragung mittelbar beteiligte Personen	54
I.	Rechteinhaber	55
II.	Weitere Internetdiensteanbieter	55
1.	Host-Provider	55
2.	Content-Provider	56
3.	Sonstige Provider	57
D.	Identifizierung der Beteiligten als Grundproblem	58
I.	(Pseudo-)Anonymität zwischen den Beteiligten	59
II.	Datenaustausch unter Zugrundelegung des IPv4	60
1.	Anonymität im Verhältnis Rechteinhaber – Host-Provider	60
2.	Anonymität im Verhältnis Access-Provider i.e.S. – Anschlussinhaber	61
3.	Anonymität im Verhältnis Anschlussinhaber – Zugangsgerät	63
a)	Begrenzter Personenkreis	63
b)	Unbegrenzter Personenkreis	64
4.	Anonymität im Verhältnis Zugangsgerät – Tatsächlicher Nutzer	65
5.	Zusätzliche Anonymisierungsmöglichkeiten	65
III.	Datenaustausch unter Zugrundelegung des IPv6	66
1.	Verbreitung eines statischen Präfix	67
2.	Einbeziehung der MAC-Adresse	68
3.	Auswirkungen auf die (Pseudo-)Anonymität	69
§ 4:	Zusammenfassung	71

Dritter Teil: Rechtsverhältnis zwischen Anschlussinhaber und Internetnutzer 73

§ 1: Supranationale und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen 74

A.	Rechte des Internetnutzers und mittelbare Drittwirkung	74
I.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht und dessen spezifische Fallgruppen	74
1.	Recht auf informationelle Selbstbestimmung	75
2.	Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	76
3.	Einfachgesetzliche Konkretisierung im Datenschutzrecht	78
II.	Fernmeldegeheimnis und Schutz der Korrespondenz	80
1.	Schutzbereichsabgrenzung zu verwandten Rechten	80
2.	Einfachgesetzliche Konkretisierung im Telekommunikationsrecht	82
III.	Kommunikations(-grund)rechte	84
B.	Rechte des Anschlussinhabers und deren Wechselbeziehung zum Nutzerschutz	85
I.	Privatautonomie und unternehmerische Freiheiten	85

1. Freiheit inhaltlicher Vertragsgestaltung und Nutzerschutz	85
2. Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	88
II. Kommunikationsmittler als „Sachwalter“ der Nutzer	90
C. Effektiver Rechtsschutz und Vorratsdatenspeicherung	91
I. Keine effektive Rechtsdurchsetzung gegen Nutzer	92
1. Ausweichen auf andere Arten des Datenaustauschs	93
2. Ausweichen auf andere Beteiligte	94
II. Vorratsdatenspeicherung nach den §§ 113a und b TKG a.F.	95
1. Paradigmenwechsel zur Speicherungspflicht	96
2. Grundsatzentscheidung des EuGH	97
3. Praktische Folgen für den Anschlussinhaber	97
D. Zusammenfassung	98
§ 2: Rechtsverbindlichkeit der Öffnung des Internetzugangs	99
A. Allgemeine Kriterien für die rechtliche Beurteilung	99
I. Ermittlung der Erklärungstatbestände	100
1. Regelungsgrundlage für die Öffnung des Internetzugangs	100
2. Elektronische Kommunikation bei Hotspots	101
a) Konfiguration des Hotspots	101
b) Registrierung durch den Internetnutzer	102
II. Rechtsgeschäft als Grundlage	103
1. Zweiseitiges Rechtsgeschäft	104
2. Einseitiges Rechtsgeschäft	104
III. Auslegung der Willenserklärungen	105
1. Bestimmung der Rechtsverbindlichkeit	105
2. Abgrenzung zu Gefälligkeitsverhältnissen	107
3. Maßstab bei der inhaltlichen Auslegung	108
a) Perspektive des durchschnittlichen Internetnutzers	109
b) Verwendung vorformulierter Klauseln	109
B. Inhaltliche Bestimmung der Erklärungen	111
I. Potentielle Vertragsparteien	111
1. Denkbare Personen-Konstellationen	112
2. Pseudonymität und Anonymität	113
3. Verbindungsaufbau über ein fremdes Zugangsgerät	114
a) Zugangsgerät als Darstellungsmittel	114
b) Vorkonfigurierte Zugangsgeschäfte bei Einzelverbindungen	115
c) Vertretungsmacht des Internetnutzers	116
d) Inkurs: Rechtsscheinvollmacht bei passwortgeschützten Benutzerkonten	118
4. Access-Provider i.e.S. als unmittelbarer Vertragspartner	120
a) Stellvertretung durch den Anschlussinhaber	121
b) Gesamtschuldnerschaft bei mehreren Anschlussinhabern	122

c) Besonderheiten bei Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnerschaften	122
5. Betrieb eines Internetanschlusses im Rahmen einer GbR	124
a) Gemeinsamer Zweck und Förderungspflicht	124
b) Gemeinsames Auftreten im Rechtsverkehr	125
6. Vertrag zugunsten des Internetnutzers i.S.d. §§ 328 ff. BGB	127
II. Leistung des Anschlussinhabers	128
1. Lokales Access-Providing als Leistungsgegenstand	128
2. Reichweite der Hauptleistungspflicht	130
a) Beschränkung einzelner Inhalte oder Internetdienste	130
b) Unbeschränkter Internetzugang als Vertragsinhalt	131
c) Einschränkungen bei rechtswidrigen Inhalten und Unentgeltlichkeit	133
d) Ausblick: Zulässigkeit der Beschränkung des Internetzugangs	134
3. Eigenständigkeit des Access-Provider-Vertrags	134
a) Verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten	135
b) Einheitlichkeit des Rechtsgeschäfts	136
III. Gegenleistung des Internetnutzers	138
1. Entgeltlichkeit der Zugangsgewährung	139
a) Einbeziehung eines Zahlungssystems	139
b) Konkludente Entgeltvereinbarung	140
c) Unverbindliche Anerkennung für Zugangsgewährung	141
d) Nachträgliche Entgeltvereinbarung nach Verbindungsaufbau	142
2. Werbung oder datenschutzrechtliche Einwilligung als Entgelt	143
a) Technischer Zwang als Alternative	143
b) Rechtliche Trennung von der Zugangsgewährung	144
3. Bemessungsgrundlage für das Entgelt	145
a) Verbindungsdauer oder Volumen	145
b) Übertragungsgeschwindigkeit	146
c) Übertragungsqualität	147
C. Rechtsbindungswille bei der Öffnung des Anschlusses	147
I. Analyse der allgemeinen Abgrenzungskriterien	148
1. Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung	149
a) Unentgeltlichkeit	149
b) Einwilligung i.S.d. §§ 4, 4a BDSG als Entgelt	150
c) Einrichtungsaufwand für Anschlussinhaber	151
d) Einfluss eines Registrierungsprozesses	151
2. Art des Geschäfts	152
a) Persönliche Beziehung	152
b) Gesellschaftliche Beziehungen in Netzgemeinschaften	153
c) Anonymität in zugangsoffenen Netzen	154
d) Vergleich mit Lizenzverträgen bei Open Source Software	155
e) Einfluss von Web-Domains und der SSID	156

3.	Grund und Zweck des Geschäfts	157
a)	Quersubventionierung von Anschlüssen	158
b)	Verwendungszweck des Nutzers	159
c)	Vertrauensschutzgesichtspunkte des Leistungsempfängers	161
4.	Haftungsrisiko des Leistenden	161
a)	Wandel in der Berücksichtigung des Haftungsrisikos	162
b)	Reichweite des Leistungsversprechens	163
c)	Haftung des Anschlussinhabers gegenüber Dritten	163
II.	Berücksichtigung ausdrücklicher Regelungsgrundlagen	164
1.	Betitelung der Regelungsgrundlage	164
a)	Vertrag oder allgemeine Geschäftsbedingungen	164
b)	Nutzungsbedingungen, -vereinbarungen oder -regeln	165
c)	Contract, End User Agreement oder Use Policy	165
2.	Inhaltliche Auswertung	166
a)	Formulierung von Pflichten	166
b)	Eingeschränkte Leistungszusage und Haftungsausschluss	167
III.	Gesamtabwägung im Einzelfall	168
D.	Spezifische Besonderheiten des Vertragsschlusses über WLAN	170
I.	Elektronische Willenserklärungen bei der Nutzung eines Hotspots	171
1.	Elektronische Übermittlung	171
2.	Programmgesteuerte Erzeugung	172
3.	Anfechtung der Erklärungen	173
a)	Durch den Internetnutzer	173
b)	Durch den Anschlussinhaber	175
II.	Betrieb des Access-Points als Angebot des Anschlussinhabers	177
1.	Angebot an einen unbestimmten Personenkreis im Internet	178
2.	Einfluss von technischen Zulassungsschranken	179
3.	Automatisierte Vertragsabwicklung	180
III.	Willenserklärungen des Nutzers beim automatisierten Verbindungsaufbau	181
1.	Handlungswille beim Einwählen in ein WLAN	182
2.	Erklärungsbewusstsein bei der Konfiguration des Zugangsgeräts	183
3.	Folgen des fehlenden Erklärungsbewusstseins des Nutzers	184
IV.	Wirksamwerden der Erklärungen	187
1.	Willenserklärungen unter Anwesenden oder Abwesenden	187
2.	Abgabe der Willenserklärungen	189
3.	Zugang der Willenserklärungen	190
E.	Zwischenergebnis	192
§ 3:	Vertragstypologische Einordnung der Zugangseröffnung	193
A.	Praktische Auswirkungen der Einordnung	194
B.	Methodisches Vorgehen	195

I.	Maßgebliche Kriterien für die Einordnung	196
II.	Erforderlicher Grad der Übereinstimmung	198
	1. Einordnung als typischer Vertrag	198
	2. Einordnung als atypischer Vertrag i.w.S.	200
C.	Vertragstypische Elemente bei entgeltlicher Zugangsgewährung	201
I.	Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes	201
II.	Miet- und pachtvertragliche Elemente	202
	1. Körperlicher Gegenstand	202
	2. Gebrauchsüberlassung	204
	3. Ermöglichung der Fruchtziehung	206
	4. Zwischenergebnis	206
III.	Werk- und dienstvertragliche Elemente	207
	1. Ermittlung der wesentlichen Abgrenzungsmerkmale	208
	2. Zögerliche Zuordnung des BGH	209
	3. Verteilung des Vergütungsrisikos	210
	a) Einfluss der veränderten Bedeutung des Internetzugangs	211
	b) Technische Grenzen bei der Realisierung des Internetzugangs	213
	c) „Bis-zu-Problematik“	214
	(1) Einfluss des TKG-Änderungsgesetzes	216
	(2) Netzneutralität verhindert Netzwerkmanagement	219
	d) Auswirkung auf das Vergütungsrisiko	221
	e) Zwischenergebnis	222
	4. Einbeziehung der werkvertraglichen Gewährleistungsrechte	222
	5. Einbeziehung der dienstvertraglichen Gewährleistungsrechte	224
	6. Verschuldensunabhängiges Minderungsrecht	224
	7. Zwischenergebnis	226
IV.	Einordnung als atypischer Vertrag i.w.S.	228
	1. Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung	229
	2. Differenzierung nach der konkreten Leistungsbeschreibung	230
	a) Ausgangspunkt der Risikoverteilung	230
	b) Anhaltspunkte für die Verlagerung zulasten des Anschlussinhabers	231
	c) Anhaltspunkte für die Verlagerung zulasten des Internetnutzers	232
	3. Differenzierung nach der Verbindungsart	234
	a) Kabelgebundener Anschluss	234
	b) Kabelloser Anschluss	235
	4. Differenzierung nach Art der Abrechnung	236
	a) Internet-Call-by-Call	237
	b) Grundgebühr-Modell mit zeitabhängiger Vergütung und Flatrate	237
	c) Grundgebühr mit volumenabhängiger Vergütung	238
	d) Stellungnahme	238

5. Einordnung durch den Internetnutzer	239
a) Endkunde	239
b) Reseller	240
6. Einbeziehung der sonstigen Leistungen des Providers	240
7. Zwischenergebnis	241
D. Elemente einer Auslobung bei kausaler Zugangsgewährung	242
I. Rechtliche Einordnung der Auslobung	242
1. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes	243
2. Abgrenzung zu den Tätigkeitsverträgen	243
3. Aus der Einseitigkeit des Rechtsgeschäfts resultierende Besonderheiten	244
II. Aussetzen der Zugangsöffnung als Belohnung	245
1. Festlegung der vorzunehmenden Handlung des Internetnutzers	245
2. Versprechen des Anschlussinhabers	247
a) Abgrenzung zur unverbindlichen Information über den Internetzugang	247
b) Abgrenzung zur Annexvereinbarung eines separaten Vertrags	248
3. Eigenständigkeit des Auslobungsgeschäfts	249
a) Öffentliche Bekanntmachung	249
b) Vergleich mit Vertragsgestaltung bei Open Source	249
III. Zwischenergebnis	250
E. Vertragstypische Elemente bei unentgeltlicher Zugangsgewährung	250
I. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes	251
II. Leihvertragliche Elemente	252
III. Schenkungsvertragliche Elemente	253
1. Zugangsöffnung als Zuwendung	253
2. Entreicherung des Anschlussinhabers	254
a) Stromverbrauch und Bandbreite	254
b) Verzicht auf anderweitigen ertragbringenden Einsatz	255
3. Unentgeltlichkeit der Zugangsöffnung	256
IV. Auftragsvertragliche Elemente	257
1. Öffnung des Internetzugangs als Geschäftsbesorgung	257
2. Pflichtenprogramm des Anschlussinhabers nach §§ 664 ff. BGB	258
3. Unentgeltlichkeit der Zugangsöffnung	259
a) Aufwandsentschädigung oder Nutzungsentgelt	260
b) Abbedingung im privaten Bereich	260
V. Zwischenergebnis	261
§ 4: Zusammenfassung und Folgen für die Praxis	261

Vierter Teil: Rechtliche Grenzen für die Rechtsgestaltung	267
§ 1: Grenzen aus dem allgemeinen Zivilrecht	267
A. Mängel der Geschäftsfähigkeit bei Internetnutzern	267
I. Verwendung von Altersverifikationssystemen und Geschäftsunfähige	268
II. Beschränkt geschäftsfähiger Internetnutzer	269
1. Unentgeltliche Zugangsgewährung	269
2. Zustimmung der gesetzlichen Vertreter	270
3. Bewirken der Leistung mit eigenen Mitteln	271
B. Unbestellte Leistung i.S.d. § 241a BGB	272
I. Verbindungsaufbau als Leistung	273
II. Unbestellte Netzwerkverbindung	273
1. Vergleich mit Internetdialern	274
2. Zurechnung der automatisierten Erklärung	274
C. Wirksamkeit von allgemeinen Geschäftsbedingungen	275
I. Prüfungsmaßstab bei der Verwendung von Klauseln	276
1. Eingeschränkte Leistungszusage oder Leistungsbegrenzung	276
2. Anwendung der Grundsätze auf den Access-Provider-Vertrag	278
a) Beschreibung der technischen Grenzen	278
b) Absichtliche Einschränkung des Leistungsgegenstands Internet	279
3. Verständlichkeits- und Transparenzgebot	280
II. Wirksame Einbeziehung der elektronischen Klauseln	282
1. Besonderheiten für Telekommunikationsdienste	283
2. Sperrung einzelner Internetdienste	283
3. Besonderheiten beim elektronischen Vertragsschluss	285
III. Inhaltskontrolle nach den §§ 307 ff. BGB	286
1. Ermittlung des Leitbilds für die Generalklausel	286
a) Ermittlung des Prüfungsmaßstabs	287
b) Schritt 1: Vertragstypologische Einordnung des Gesamtvertrags	288
c) Schritt 2: Ermittlung der relevanten Gewährleistungsvorschriften	288
d) Schritt 3: Beurteilung der Klauseln in Bezug auf die Unvereinbarkeit	289
2. Exemplarische Untersuchung einzelner Klauseln	291
a) Haftungsausschluss, insbesondere für internetspezifische Taten	291
b) Datenschutzrechtliche Einwilligung	293
c) Annahme- oder Leistungsfristen vor dem Verbindungsaufbau	295

d)	Klauseln im Zusammenhang mit der Drittnutzung des Zugangs	296
e)	Sperrung von Nutzern wegen rechtswidriger Handlungen und Regress	297
D.	Sondervorschriften für Verbraucherverträge und besondere Vertriebsformen	298
I.	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	298
II.	Widerrufsrecht beim Access-Provider-Vertrag	300
1.	Fernabsatzvertrag bei drahtlosen Internetzugängen	301
2.	Außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossener Zugangsvertrag	302
3.	Internetzugang als Kopplungsangebot	304
III.	Bürgerlich-rechtliche Informationspflichten	304
1.	Pflichten des Anschlussinhabers bei Verbraucherbeteiligung	304
2.	Pflichten des Anschlussinhabers im elektronischen Geschäftsverkehr	306
3.	Button-Erfordernis des § 312j Abs. 3 BGB	307
a)	Ausdrückliche Zahlungsbestätigung	308
b)	Bestellung über eine Schaltfläche	309
§ 2: Daten- und Kundenschutz bei elektronischen Informations- und Kommunikationsdiensten		310
A.	Ermittlung des Prüfungsmaßstabs	311
I.	Regelungsverhältnis der bereichsspezifischen Gesetze zueinander	311
1.	Gesetzessystematik als Ausgangspunkt	312
2.	Abgrenzung Telekommunikations- und Telemediendienste	313
3.	Fallgruppe der überwiegenden Telekommunikationsdienste	315
4.	Zwischenergebnis	317
II.	Einordnung der Dienste des Anschlussinhabers	318
1.	Auswirkung des veränderten Rollenparadigmas	318
2.	Pauschale Einordnung als überwiegender Telekommunikationsdienst	319
3.	Funktionale Betrachtung nach dem ISO/OSI-Modellkonzept	320
4.	Differenzierende Einordnung der einzelnen Zugangsdienste	322
5.	Reichweite der Regelung des § 11 Abs. 3 TMG	325
III.	Korrektur des Prüfungsmaßstabs für die Internetzugangsgewährung	326
1.	Problemaufriss	326
2.	Lösungsmöglichkeiten und deren Auswirkungen	327
3.	Stellungnahme	330
B.	Allgemeine Einordnung der lokalen Internetzugangsgewährung	333
I.	Dienstanbieter i.S.d. TKG bei unentgeltlicher Zugangsgewährung	334
1.	Merkmal der Geschäftsmäßigkeit	334

2. Merkmal der Entgeltlichkeit	335
II. Diensteanbieter i.S.d. TMG bei unbewusster Öffnung	338
1. Willenselement und Drittbezug	338
2. Dogmatische Lösung des Wertungswiderspruchs	340
III. Qualifizierte Vorgaben des TKG	342
1. Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste	342
a) Abstellen auf Sicherheitsmaßnahmen des Internetzugangs	343
b) Sonderfall des offenen WLAN	345
2. Gewerblicher Betrieb von öffentlichen Telekommunikationsnetzen	345
a) Öffentliche Telekommunikationsnetze	346
b) Gewerblichkeit der Zugangsöffnung	346
IV. Privilegierung der „Nebenbei-Anbieter“ durch den Single-Market-VO-E	347
C. Datenschutzrechtliche Anforderungen aus dem TKG und dem BDSG	350
I. Verantwortliche Stelle	350
1. Anschlussinhaber im öffentlichen Bereich	351
2. Anschlussinhaber im nicht-öffentlichen Bereich	352
3. Persönliche oder familiäre Tätigkeiten	353
II. Personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Zugangsgewährung	355
1. Einzelangaben über eine bestimmte Person	355
2. Merkmal der Bestimmbarkeit	356
a) Relativer oder objektiver Maßstab	357
b) Einbeziehung von Zusatzwissen	359
c) Relativität und Unsicherheiten bei der Begriffsbestimmung	360
3. Personenbezug von freiwilligen Einzelangaben	361
a) Name, Namensersatz und Kontodaten	361
b) Login-Daten und andere Pseudonyme	362
c) Festnetz- und Mobilfunknummer	363
d) Elektronische Kontaktdaten, insbesondere E-Mail-Adressen	364
4. Personenbezug von technischen Komponenten	365
a) Öffentliche IPv4-Adresse	366
b) IPv6- und MAC-Adresse	367
c) Lokale IP- Adresse	369
d) Webspuren über die NAT-Tabelle	369
e) Temporäre oder permanente Cookies	371
f) Einzelangaben für die Datenanalyse	372
5. Zusammenfassung	373
a) Ausreichende Einzelangaben	373
b) Heranziehung eigenen Zusatzwissens	374
c) Heranziehung fremden Zusatzwissens	374
III. Einwilligung zur Speicherung von Einzelangaben	375

1. Formale Anforderungen an die Erklärung des Internetnutzers	376
a) Allgemeine Voraussetzungen	376
b) Rechtsnatur und Folgen für minderjährige Internetnutzer	378
c) Höchstpersönlichkeit bei mehreren Nutzern	380
d) Elektronische Einwilligung über den Internetzugang	382
2. Inhaltliche Anforderungen an die Erklärung des Internetnutzers	383
a) Bestimmtheitsgebot	383
b) Informations- bzw. Aufklärungspflichten des Anschlussinhabers	384
c) Freiwilligkeit	384
d) Koppelungsverbot bei Telekommunikationsdiensten	386
3. Auswirkungen einer unwirksamen Einwilligung	389
IV. Gesetzliche Erlaubnis zur Speicherung von Einzelangaben	391
1. Bestandsdaten nach § 95 TKG	392
a) Freiwillige Einzelangaben des Nutzers als Bestandsdaten	392
b) Einordnung der technischen Komponenten, insbesondere der IP-Adresse	393
c) Vertragsverhältnis zwischen Anschlussinhaber und Nutzer	395
d) Erforderlichkeit der Datenerhebung bzw. -verwendung	396
e) Vorgaben bei einer laufenden Kundenbeziehung	397
2. Verkehrsdaten nach § 96 TKG	398
a) Technische Komponenten als Verkehrsdaten	398
b) Erforderlichkeit der Datenerhebung bzw. -verwendung	400
3. Entgeltermittlung und -abrechnung nach § 97 TKG	402
a) Differenzierung nach Verbindungstarifen	402
b) Konkretisierende Vorgaben für Speicherdauer	403
c) Abtretung von Forderungen und Weitergabe der Daten	404
4. Standortdaten nach § 98 TKG	406
5. Einzelverbindungs nachweis nach § 99 TKG	406
6. Störungs- und Missbrauchsverhinderung nach § 100 TKG	407
a) Störung von Telekommunikationsanlagen	408
b) Missbrauch von Telekommunikationsanlagen	410
V. Vertragliche Informationspflichten nach § 93 TKG	410
1. Gegenüber dem Vertragspartner des Anschlussinhabers	411
2. Gegenüber einem Drittnutzer	412
D. Datenschutzrechtliche Anforderungen aus §§ 11 ff. TMG	412
E. Bereichsspezifische Kundenschutzvorschriften und Vertragsrecht	413
I. Vertragliche Informationspflichten nach § 43a TKG	413
1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	414
2. Einbeziehung der Informationen beim drahtlosen Zugang	415
3. Reichweite der Pflichtangaben	416
a) Daten über den Anschlussinhaber	416

b) Art des Dienstes und dessen wichtigste technische Leistungsdaten	417
c) Weitere Informationen nach § 43a Abs. 1 TKG	419
II. Netzneutralität	421
1. Normative Verankerung des Prinzips	421
2. Relevante Schutzmechanismen de lege lata	423
III. Weitere Pflichten aus den §§ 43a ff. TKG	423
1. Vertragslaufzeit und Haftung	424
2. Besondere Abrechnungsregelungen, §§ 45e ff. TKG	425
a) Einzelverbindungsnachweis, § 45e TKG	425
(1) IP-Adresse als Nummer des Teilnehmers	426
(2) Zielnummer des Telekommunikationsvorgangs	427
(3) Spezielle Angaben in Abhängigkeit von der Tarifierungsart	427
b) Verbindungspreisberechnung, § 45g TKG	427
c) Rechnungsinhalt und Beanstandungen	428
3. Sperrung von Nutzern wegen Zahlungsverzugs	429
IV. Wechselbeziehung zur Vertragsgestaltung	430
1. Auswirkungen auf den Vertragsschluss	430
2. Auswirkungen auf die AGB-Inhaltskontrolle	431
3. Schlichtungsverfahren nach § 47a TKG	433
V. Informationspflichten nach den §§ 5 ff. TMG	434
VI. Informationspflichten nach § 55 RStV	435
§ 3: Rechtliche Vorgaben mit mittelbarer Auswirkung	435
A. Meldepflicht und Aufsicht durch die Bundesnetzagentur	436
B. Telekommunikationsrechtliche Regelungen zur öffentlichen Sicherheit	437
I. Technische Schutzmaßnahmen nach § 109 TKG	437
1. Regelungsgehalt für den Anschlussinhaber	438
2. Auswirkungen auf die Rechtsbeziehung zum Internetnutzer	439
II. Überwachungsmaßnahmen und Auskunftsverfahren	440
1. Überwachungsmaßnahmen durch den Anschlussinhaber	440
2. Automatisierte und manuelle Auskunftsverfahren	441
C. Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen	442
I. WLAN-Sharing und Lauterkeitsrecht	442
1. WLAN-Sharing als wettbewerbsrechtlich unzulässiges Geschäftsmodell	443
a) Ausnutzen fremder Einrichtungen	443
b) Verleiten zum Vertragsbruch	444
2. Übertragbarkeit auf den Anschlussinhaber	445
3. Rechtsfolgen eines (unterstellten) Verstoßes für den Nutzer	447

a) Vorschriften des Lauterkeitsrecht als Verbotsgesetze i.S.d. § 134 BGB	448
b) Auslegung des Verbotsgesetzes (§ 4 Nr. 10 UWG)	449
c) Anwendung der Grundsätze auf den Access-Provider-Vertrag	450
4. Aggregation von Endkundenanschlüssen nach dem Single- Market-VO-E	451
II. Weitere lauterkeitsrechtliche Fragestellungen	452
III. Zugangsgewährung und Kartellrecht	454
D. Gewerberecht und Jugendschutz	455
I. Internetcafé als gewerbliche Spielhalle	455
II. Jugendschutz an jugendgefährdenden Orten	456
III. Jugendschutz im Bereich der Träger- und Telemedien	458
E. Computerkriminalität und Strafrecht	459
I. Mitbenutzung eines unverschlüsselten WLAN	460
II. Mitbenutzung eines verschlüsselten WLAN	462
§ 4: Zusammenfassung	464
 Fünfter Teil: Schlussbetrachtung	469
 § 1: Zusammenfassende Bewertung	469
 § 2: Ausblick	474
 Literaturverzeichnis	479